

# Demonstration gegen Abschiebungs- und Internierungslager mit anschließender Belagerung des Vauban-Geländes am 26. September 1992

**Treffpunkt: um 11.00 Uhr am Regierungspräsidium  
nicht vergessen: Farben, Pinsel Stoff und Papier mitbringen ...**

## **Gegen Internierung ... bezahlbarer Wohnraum für alle!**

Zum 1.10.92 wird hier in Freiburg in den Vauban-Kasernen eines von vier Baden-Württembergischen Abschiebelagern — offiziell sogenannte "Modellbezirksstellen" — eingerichtet. Wir sehen diese Lager als eine Folge der zunehmenden staatlichen Repression gegenüber Flüchtlingen, die von Anfang an das Ziel hatte, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen. Diese Lager dokumentieren, daß dies nahezu erreicht worden ist, denn durch die Handhabung des sog. Asylverfahrensgesetzes ist dieses faktisch bereits ausgehöhlt, die Diskussion um den Artikel 16 GG somit eine Scheindiskussion. Längst schon sind MigrantInnen zu Objekten staatlicher Willkür gemacht worden, die geplanten Lager sollen die rechtlose und menschenunwürdige Behandlung von Flüchtlingen weiter zementieren. Deshalb bekämpfen wir **gemeinsam mit den betroffenen Flüchtlingen** dieses Lager, die in keiner Form existieren dürfen.

Angesichts der rassistischen Übergriffe, die in Hoyerswerda und Rostock gipfeln, ist Betroffenheit der Politiker ob dieser rechtsradikalen Gewalt geheuchelt wenn gleichzeitig Menschen legal in Lagern interniert und hemmungslos in Armut, Folter oder Tod abgeschoben werden.

Wenn der Sozialbürgermeister Seeh behauptet, daß diese Lager der Wohnungsmisere entgegenwirken, so verkennt er bewußt die Tatsachen, daß die Ursachen der Wohnungsnot in einer verfehlten Wohnbaupolitik liegen und vor allem, daß Internierung in Lagern herzlich wenig mit "wohnen" gemein hat.

Genauso wird durch das Lager vermittelt, daß diese Menschen vollkommen zu Unrecht hier seien. Sie werden unbegründetem Mißtrauen und Verdächtigungen ausgesetzt. Das gesamte Projekt Sammellager fügt sich nahtlos ein in eine Politik staatlich geschürten Rassismus. Die Politiker setzen durch, daß Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen, daraus wird auf der Straße "die wollen gar nicht arbeiten, das sind Schmarotzer". Wenn Flüchtlinge anerkannt sind und nur Arbeiten bekommen für die kein Deutscher oder Mitglied der Europäischen Gemeinschaft

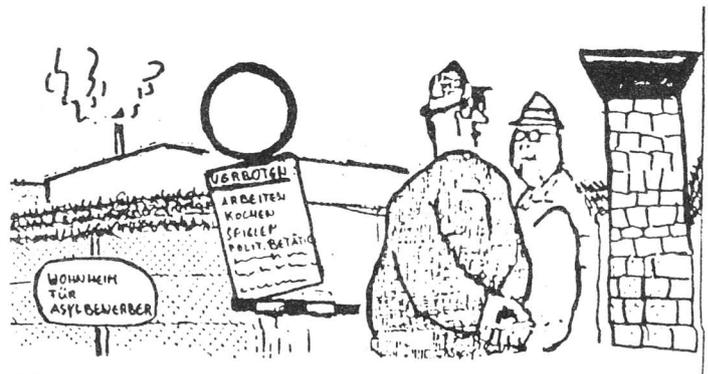
gefunden wird, dann heißt es knallhart, "die nehmen uns die Arbeitsplätze weg und verursachen damit die Arbeitslosigkeit.

Den MigrantInnen wird die ganze Schuld an dem Sozialabbau, unbezahlbaren Mieten, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot gegeben. Die Widersprüche in dieser Gesellschaft werden mit auf dem Rücken von Flüchtlingen ausgetragen und die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. "Deutschland den Deutschen" bedeutet in diesem Sinn, Deutschland für die Reichen.

Überhaupt nicht mehr zur Sprache kommen die Ursachen der Flucht von Menschen. Wer mit Flüchtlingen Kontakt hat erfährt z.B. was dem Volk der Roma während dem Faschismus in Deutschland angetan wurde und im Nationalismuswahn der sich bekriegenden und zerfallenden ehemaligen Ostblockländern angetan wird. Er/sie erfährt auch, wie die hiesige Regierung ihre Finger im Spiel hat, z.B. durch Ausbildung von Militärs oder Waffenlieferungen. Dadurch werden Fluchtursachen geschaffen und es verwundert nicht, daß die hiesigen Politiker dies geflissentlich verschweigen.

Die weltweit größer werdenden Wanderungsbewegungen sind Antwort auf Versklavung und Unterdrückung von Menschen, auf rücksichtslose Plünderung der Rohstoffe, Zerstörung der Lebensgrundlagen und Verelendung in der sog. Dritten Welt und wirtschaftliche Knechtung des Osten.

Hierbei sind die Bezirksstellen nur ein Baustein der herrschenden Abwehrpolitik gegen Flüchtlinge.



"Wie man so'n Lager aufzieht -

da macht uns Deutschen so leicht keiner was vor!"

Nicht mehr nur in den armen Ländern wird vorgeführt wie mit entrechteten, wirtschaftlichen Interessen unterworfenen Menschen umgegangen werden kann. Sie werden de facto auch hier zu einer neuen ausgegrenzten Unterklasse gemacht, die keinen Anspruch auf Menschenwürde und Grundrechte haben, die im Namen von Deutschtum und Nationalismus rassistischen Programmen ausgesetzt sind. Diese wiederum liefern den PolitikerInnen den gewünschten Vorwand immer noch rigider gegen Flüchtlinge vorzugehen. Die Politiker lassen sich von der Straße bestätigen, was sie schon vorab als Devise ausgegeben haben. Das geht inzwischen über die Abschaffung des Asylrechts hinaus. Die rassistische Stimmung ist Vorbereitung für Krieg nach außen und verstärkte Herrschaftssicherung nach innen.

Eine militärische Intervention wie aktuell in Jugoslawien und perspektivisch in Osteuropa wird möglich durch einen deutsch-nationalen Konsens. Die Faschisten skandieren: „*Heute Deutschland und morgen die ganze Welt*“. Alle staatstragenden Parteien schaffen die Voraussetzungen dafür. Auch die SPD-Führung, die Nase opportunistisch im Wind, trägt ihr Teil dazu bei, mit Blauhelm-Kampfeinsätzen und Asylrechtsänderung.

Asyl ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Deshalb rufen wir alle FreiburgerInnen auf mit uns und den Flüchtlingen gegen das Abschiebelager zu demonstrieren. Wir fordern mit den Flüchtlingen Wohnraum für alle. Am Beispiel Internierungslager Vauban-Kaserne wird gezeigt wie man mit gesellschaftlich nicht relevanten und ungewünschten Gruppen umgehen kann. Ist es reiner Zufall, daß man Obdachlose neben Flüchtlingen einquartiert? Wir sind gegen die Kasernierung und Ghettoisierung von Flüchtlingen und Obdachlosen und möchten gleichberechtigt mit ihnen leben. Deshalb fordern wir „**Weg mit den diskriminierenden Sondergesetzen!**“.

Überall, am Arbeitsplatz, in der Schule oder auf der Straße müssen die Rassisten bekämpft werden.

## SAGA

- **Gegen Internierungs- und Abschiebelager**
- **Gegen Entrechtung und Abschiebung**
- **Bleiberecht für Alle**
- **Weg mit den Sondergesetzen**
- **Bezahlbarer Wohnraum für alle**

## Lager haben Tradition

Die Inbetriebnahme der ersten deutschen "Bezirkstelle" in Reutlingen hat die schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Nach dem seit 1. Juli gültigen Asylverfahrensgesetzes werden alle Flüchtlinge, deren Asylbegehren von einer zentralen Anlaufstelle (ZAST) als "offensichtlich unbegründet" eingestuft werden (im wesentlichen nach Länderlisten) in ein Abschiebelager gebracht. Das Lager ist unzümt u. mit Zugangskontrollen versehen. Dort befindet sich ein Verwaltungsgebäude mit Einzelanhörern vom Bundesamt. Die Anhörungen als entscheidender Teil des Asylverfahrens finden in einer halben Stunde (mit Übersetzung statt.) und gleichen Verhören. Der Flüchtling, der ohne Beratung nicht weiß, in welchem Verfahren er/sie sich befindet, kann nach dieser Anhörung keine Beweise seiner/ihrer Verfolgung mehr vorbringen. Nach einer Ablehnung bleibt eine Woche Frist zur Klage. Selbst wenn dies der Flüchtling wüßte, ist es so gut wie sicher, daß er/sie keinen Rechtsanwalt findet, der eine Klage in einer Woche begründen könnte — obendrein kann Niemand mit 35.— DM Taschengeld (zweiwöchentlich) einen Rechtsanwalt bezahlen. Die Abschiebung ist also so gut wie sicher, bis dahin kann Abschiebehaft verhängt werden. Die Lebensbedingungen im Lager sind menschenunwürdig: Männer, Frauen u. Kinder zusammengepfercht auf 4,5 qm pro Person. Für sie gilt Arbeitsverbot. Die Lebensmittel werden von einer Privatfirma angeliefert. Die Kost ist vitaminarm u. von schlechter Qualität. Besonders Frauen u. Kinder leiden unter den quälenden Bedingungen, nicht selten kommt es zu sexuellen Übergriffen. Die Wohlfahrtsverbände lehnen es ab, Sozialbetreuung zu leisten, da sie sich nicht zum Feigenblatt dieser Politik machen wollen. Den Flüchtlingen bleibt die gewaltsame Abschiebung in Folter, Hunger oder Tod. Wird ihnen die ausweglose Lage bewußt, werden sie versuchen an diesen Lagern zu fliehen. Erneut auf der Flucht, bleibt als Konsequenz nur noch die Illegalität und damit als Freiwild diversen kriminellen Machenschaften ausgesetzt, z.B. Arbeitsstrich, Prostitution, Drogengeschäfte. Diese Politik schürt rassistische Ablehnung nicht deutscher Menschen. Die Lager werden so zu willkommenen Angriffszielen von faschistischen Banden, die mit Zustimmung von Teilen der Bevölkerung ihre Totschlagideologie praktizieren.

Lager abzulehnen und zu bekämpfen ist somit eine antirassistische u. antifaschistische Notwendigkeit. Denn Ausgrenzung und Isolation, Aufhebung rechtsstaatlicher Prinzipien wie die Gewaltenteilung, systematische Nichtbeachtung menschlicher Grundbedürfnisse sowie Bedrohung von Leib und Leben als Mittel der Politik sind Attribute von Diktaturen und Unrechtsregimen. Dem Schrecken der Unmenschlichkeit sind keine Grenzen gesetzt. Wehret den Anfängen!